

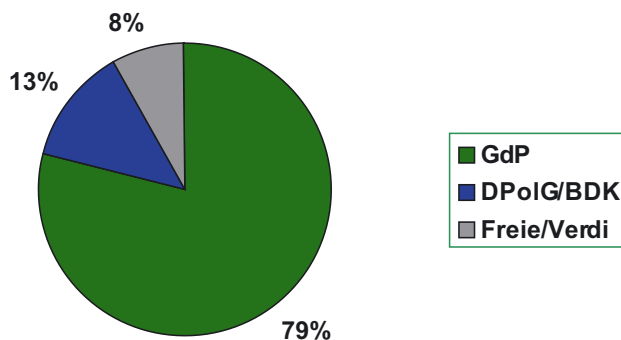


Sitzverteilung in den Personalräten

Bei einer sehr hohen Wahlbeteiligung von rund 75 % (2005 rund 70 %) haben wir in fast allen Strukturen der Polizei teilweise sehr deutliche Zugewinne im Verhältnis zu den letzten Personalratswahlen im Jahr 2005 erreichen können. Für diesen ermutigenden und stärkenden Vertrauensbeweis, gerade in schwierigen Zeiten, wollen wir nochmals Danke sagen und versprechen : *Wir kümmern uns!*

Die Sitzverteilung sieht nach dem vorläufigen Endergebnis der Wahlvorstände wie folgt aus:

	Anzahl Sitze	Sitze GdP	Sitze DPolG/BDK/o. Ä.	Freie Liste/Verdi
PHPR	11	9	2	-
HPR	7	4	2	1
LPD	13	11	2	-
Sbr.-Land	9	8	1	-
Sbr.-Stadt	9	8	1	-
Saarlouis	9	9	0	-
Merzig-Wadern	7	4	-	3
St. Wendel	7	6	1	-
Saarpfalz	9	8	1	-
Neunkirchen	9	8	1	-
LKA	11	5	2	4
FHSV	3	3	-	-
LPH	3	1	1	1
JAV	9	8	1	-
Gesamt	116	92	15	9



GdP-Landesseniorenkonferenz bestätigt Artur Jung einstimmig als Vorsitzenden

Am 12. Mai versammelten sich die 29 Delegierten der Senioren unserer Kreisgruppen in Bosen, um für die nächsten vier Jahre einen neuen Landesvorstand zu wählen und die seniorenpolitischen Aufgaben zu formulieren.

Artur Jung (Kreisgruppe Saarlouis) wurde einstimmig als Landesvorsitzender bestätigt. Auch sein Stellvertreter Klaus Wagner (Kreisgruppe St. Wendel), der erstmalig kandidierte, der Schriftführer Gerhard Schmolze (Kreisgruppe Saarbrücken-Stadt), der erneut kandidierte, und der Kassierer Berthold Reitler (Kreisgruppe Landespolizeidirektion), der erstmalig antrat, wurden einstimmig in den Landesvorstand gewählt.

Verabschiedet wurden Werner Klos (aus dem Amt des Kassierers) und German Freichel (aus dem Amt des Stellvertreters); sie wollten aus Altersgründen nicht mehr antreten. Werner Klos (Kreisgruppe Saarbrücken-Land) und German Freichel (Kreisgruppe Merzig-Wadern) bekleideten ihre Ämter über viele Jahre. Sie haben sich um die Seniorenarbeit in der GdP-Saarland große Verdienste erworben. Hierfür wurde ihnen herzlich gedankt.

Die seniorenpolitischen Ziele der GdP-Saarland formulierte Artur Jung in drei Kernbereichen. Es muss (1.) dafür gekämpft werden, dass die Pensionäre und Rentner nicht von der allgemeinen Entgelt- und Besoldungsentwicklung abgekoppelt werden, (2.) die Lebensaltersgrenze bei Beamten von 65 Jahren (bzw. 60 Jahren bei Polizeivollzugsbeamten) auch für die Rentner wieder in Anwendung kommt und (3.) die Vorbereitung der angehenden Pensionäre und Rentner auf die bevorstehende dritte Lebensphase durch unsere Seniorengruppe intensiviert wird.

Eine zentrale Aufgabe sieht Artur Jung darin, der Seniorenarbeit auch im Deutschen Gewerkschaftsbund die Geltung zu verschaffen, welche sie bei der GdP-Saarland hat. Die Senioren haben bei uns selbstverständlich Stimmrecht im

Landesvorstand und verwalten selbstständig das Senioren-Haushaltsbudget.

Als Gastredner begrüßte Artur Jung als Vertreter des Innenministers Friedrich Weisgerber, der die Bedeutung der Seniorenarbeit bei der GdP-Saarland lobte, den GdP-Bundessekretär Hans Adams, der die beamtenpolitischen Herausforderungen (Lebensarbeitszeit, Versorgungsrücklage, Versorgungsanpassung, Versorgung bei Dienstunfähigkeit und Versorgungsausgleich bei Scheidung) für die nächsten Jahre beschrieb, den Vorsitzenden des DGB-Saar, Eugen Roth, der die landesspezifischen Aspekte der Föderalismusreform I (Überführung des Beamtenrechts in Landesrecht) unter die Lupe nahm, unseren Landesvorsitzenden Hugo Müller, der die aktuellen tarif- und besoldungspolitischen Erfolge im Saarland darstellte und den Landrat des Landkreises St. Wendel Udo Recktenwald, der die Seniorenpolitik im „schönsten Landkreis“ des Saarlandes unter dem Motto: „nicht dem Leben Jahre, sondern den Jahren Leben geben“ als beispielhaft erläuterte.

Artur Jung bekräftigte zum Abschluss der 6. Landesseniorenkonferenz, die in großem Einvernehmen beendet wurde, deren Motto „Senioren im Aufwind“: „Wir mischen uns ein! Darauf könnt ihr euch verlassen!“

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die August-Ausgabe unseres Landesteils ist der 13. Juli 2009



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Saarland

Geschäftsstelle:
Kaiserstraße 258
66133 Saarbrücken
Telefon (06 81) 84 12 410
Telefax (06 81) 84 12 415
Homepage: www.gdp-saarland.de
E-Mail: gdp-saarland@gdp-online.de

Redaktion:
Dirk Schnubel (V. i. S. d. P.)
Örtlicher Personalrat beim PB Saarlouis
Alte-Brauerei-Straße 3
66740 Saarlouis
Telefon: (0 68 31) 9 01-1 39
E-Mail: dirk.schnubel@superkabel.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Bodo Andrae
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6489



V. l.: German Freichel, Berthold Reitler, Werner Klos, Klaus Wagner, Gerhard Schmolze und Artur Jung
Text und Foto: Lothar Schmidt



Ein Drama in mehreren Akten oder ... Gegen das Vergessen!!

Die Geschichte der Sonderzahlung für Beamte im Saarland, von Hugo Müller

In „grauer Vorzeit“, also in den 70er und 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts, gehörte es zu den normalen Prinzipien der Alimentation für BeamtenInnen und VersorgungsempfängerInnen, mit den Bezügen für den Dezember als Sonderzahlung ein zusätzliches 13. Monatsgehalt zu bekommen. Dieser Betrag sollte – als Teil des Jahresgehaltes – die besonderen finanziellen Belastungen zum Jahresende und Jahreswechsel bewältigen helfen. Hier war und ist etwa zu denken an Kosten für die Heizung oder die in der Regel im Januar anfallenden Versicherungen. Natürlich unterlag die sog. Sonderzahlung als Teil des Jahresgehaltes auch den jährlichen Besoldungs- und Versorgungsanpassungen. Erst Anfang der 90er wurde von den Verantwortlichen in Bund und Ländern entschieden, diese Anpassungen nicht mehr vorzunehmen. Ab dem Jahr 1993 wurde die Sonderzahlung „eingefroren“. Sie verlor damit von Jahr zu Jahr mehr an Wert, bis sie schließlich Anfang des neuen Jahrtausends nur noch etwa 83% eines Monatsgehaltes ausmachte. Es galt allerdings das sinnvolle Prinzip einer bundesweiten Einheitlichkeit.

Aus haushalterisch motivierten Spargründen brachten schließlich am 14. März des Jahres 2003 die Länder Bayern, Sachsen, Berlin und das Saarland einen Gesetzesantrag in den Bundesrat ein, der unter dem Begriff „Öffnungsklausel“ traurige Berühmtheit erlangen sollte. Trotz aller gewerkschaftlichen Aktivitäten und Proteste insbesondere der GdP unter dem Leitmotiv „Jetzt stellen wir uns quer“ (erinnert sei an den Film „Ein Sicherer Arbeitsplatz“, die bundesweiten Protestkartenaktionen sowie die „Roten Karten“ für alle Ministerpräsidenten) setzten sich die in Ministerpräsidentenkluft verkleideten Sparkommissare schließlich durch. Eine ganz besondere Duftnote war damals schon, dass die besagten Bundesländer einen Vorschlag des Deutschen Beamtenbundes, das Urlaubsgeld zu streichen, die Sonderzahlung auf 70% zu reduzieren und in die Monatsgehälter einzuarbeiten, sozusagen als Steilvorlage aufgriffen. Der vom Beamtenbund geworfene Schneeball entwickelte sich erwartungsgemäß in der

Folgezeit zur regelrechten Sparlawine. Im Herbst 2003 brachte – vor dem Hintergrund der mittlerweile bundesgesetzlich realisierten Öffnungsklausel – die CDU-Landtagsfraktion ein Gesetz über die Gewährung einer jährlichen Sonderzahlung im Saarland ein, wonach die bisher an der jeweiligen Besoldungsgruppe orientierte und auf das Niveau von 1993 eingefrorene Sonderzahlung (mit Stand 2003 etwa 83% eines Monatsgehaltes) deutlich reduziert werden sollte. Für Beamte in den Besoldungsgruppen A 7 bis A 10 sollte der Bemessungssatz 66%, für Beamte von A 11 bis A 14 nur noch 62% eines Monatsgehaltes betragen.

Der Realisierung dieses Gesetzes (es war gerade in „trockenen Tüchern“) folgte schließlich eine neue von Ministerpräsident Peter Müller initiierte Spardebatte unter dem Motto „Solidarpakt Saar“. Im Januar 2005 legte er gegenüber den öD-Gewerkschaften und dem DGB in der Saarbrücker Staatskanzlei die Karten auf den Tisch: Im Haushalt 2005 sei eine globale Minderausgabe bei den Personalkosten des saarländischen öffentlichen Dienstes von insgesamt 30 Mio. € vorgesehen. Es ginge nun darum, „möglichst einvernehmlich“ zu klären, wie dieses Sparvolumen erreicht wird. Von seiner Regierung werde insbesondere die Angleichung der Wochenarbeitszeit und der Sonderzuwendungen der Tarifbeschäftigten an das Beamtenniveau favorisiert. Sollte es diesbezüglich nicht zu entsprechenden Einigungen in den bevorstehenden Tarifaueinandersetzungen kommen, müsse auch der Ausstieg des Saarlandes aus der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) ins Auge gefasst werden, um dann landesspezifische Wege zu gehen.

Als sich schließlich die öD-Gewerkschaften und der DGB einer solchen „unchristlichen Solidarpaktidee“ verweigerten, und sich die Sparkommissare in den folgenden Tarifrunden nicht durchsetzen konnten, folgte für die Beamtenschaft die „Strafe auf dem Fuß“. Trotz der größten Protestwelle, die es aus der saarländischen Beamtenschaft heraus in der jüngeren Geschichte je gegeben hatte (der Höhepunkt war eine Demonstration am 13. Dezember 2005 vor dem Landtag des

Saarlandes) blieb die saarländische Landesregierung unbeirrt auf Kurs. Mit einem im Februar 2006 verabschiedeten neuen Sonderzahlungsgesetz wurden die Sonderzahlungen nochmals erheblich reduziert, und zwar auf nunmehr 800,- bzw.



Der „halbe“ Weihnachtsbaum anlässlich der Demonstration der öffentlich Bediensteten vor dem saarl. Landtag am 13. Dezember 2005 Foto: Dirk Schnubel

1000,- €, je nach Besoldungsgruppenzugehörigkeit (Versorgungsempfänger 400,- bzw. 500,- €, Beamte im Vorbereitungsdienst 285,- €).

Vergleicht man die monetären Wirkungen, so hat sich etwa für die meisten Beamten in der saarländischen Polizei durch die seit 2003 initiierten Verschlechterungen bei der Sonderzahlung ein jahresbezogener Verlust in vierstelliger Größenordnung entwickelt.

Die jüngsten Entwicklungen setzen diesem Drama nun wirklich die Krone auf. Die Übertragung der auf (auch im Bundesvergleich) denkbar niedrigem Niveau liegenden Sonderzahlung in die Monatsbezüge, verbunden mit der Ankündigung, sie in Zukunft den Besoldungsanpassungen zu unterwerfen, wird doch tatsächlich als Beweis für die dem öffentlichen Dienst stets zugewandte Haltung

Fortsetzung auf Seite 4



Fortsetzung von Seite 3

der derzeitigen Landesregierung in die interne und externe Öffentlichkeit getragen. Und um sich nicht „kontraproduktive“ Debatten einzuhandeln, wird das Ganze in einer Nacht- und Nebelaktion ausschließlich mit dem DBB Saar ge-dealt, und von jenem natürlich hochgejubelt. Der kritische Betrachter macht sich hier hoffentlich seine eigenen Gedanken.

Richtig: Wir im DGB und in der GdP wären kritisch gewesen. Wir hätten in einer ergebnisoffenen Debatte z. B. darauf hingewiesen, dass mit dieser Entscheidung die saarländischen Beamten und Versorgungsempfänger in Sachen Sonderzahlung auf Dauer auf einem niedri-

gen Niveau fixiert sind. Im Vergleich dazu erhalten etwa Bundesbeamte ab Januar 2011 immerhin 60% ihres Monatslohns als Sonderzahlung, integriert in die Monatsbezüge, und damit auch teilnehmend an künftigen Besoldungsanpassungen. Wir haben es gerechnet: Alleine hierdurch wird der saarländische Polizeikommissar um rund 500,- € benachteiligt, der Polizeihauptkommissar um fast 1000,- € gegenüber seinen Kollegen z. B. von der Bundespolizei. Wir hätten auch darauf hingewiesen, dass so die für das Jahr 2010 im derzeitigen Gesetz vorgesehene Revisionsklausel (es sollte dann geprüft werden, ob die Verschlechterungen nochmals zurückgenommen werden könnten) keine Bedeutung mehr hat.

Aber aus der Vergangenheit heraus weiß man ja, dass der DGB stets kritisch statt immer nur, „erwartungsgemäß konstruktiv“ ist. Also macht man es eben, trotz bestehenden runden Tisches Föderalismusreform, ganz einfach ohne den DGB. Das Ganze dann zigtausendfach in den Bezügemitteilungen des Monats Juni 2009 als „Wohltat“ für die Beamten und Versorgungsempfänger zu glorifizieren, ist – gelinde gesagt – nicht in Ordnung! Vor diesem Hintergrund ist auch der offene Brief des DGB Saar an den Ministerpräsidenten Peter Müller zu verstehen, der nachfolgend abgedruckt ist.

.... und vielleicht gibt es ja doch noch eine faire, weil ergebnisoffene Verhandlung.

Offener Brief des DGB Saar zur Initiative der Landesregierung zur Veränderung des Besoldungs- und Versorgungsrechts

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, wie mit Ihnen vereinbart wurde, treffen sich die Spitzen des Innenministeriums und der Gewerkschaften (DGB, GdP, GEW, ver.di, DBB etc.) im Rahmen des zwischen Landesregierung und Gewerkschaften in dienstrechtlichen Angelegenheiten und Vorhaben vereinbarten, engen und offenen Dialogs und frühzeitigen Informationsaustausches in unregelmäßigen Abständen unter der Bezeichnung „runder Tisch Föderalismusreform I“. Am 6. Mai 2009 fand letztmals ein solcher „runder Tisch“ statt. Hier informierte – in Vertretung von Innenminister Meiser – Staatssekretär Müllenbach über die aktuellen, dienstrechtlichen Maßnahmen und Vorhaben der Landesregierung bzw. des MfIS im Zusammenhang mit der Umsetzung der Föderalismusreform im Saarland. Momentan bzw. bis zur Landtagswahl – so Staatssekretär Müllenbach am 6. Mai – liege der Schwerpunkt der Aktivitäten ausschließlich auf der Novellierung des Laufbahnrechts. Bis zur Landtagswahl am 30. August 2009 seien keinerlei weitere Maßnahmen geplant.

Auf die ausdrückliche Frage der DGB-Vertreter nach eventuell beabsichtigten, besoldungs- und/oder versorgungsrechtlichen Maßnahmen versicherte Staatssekre-

tär Müllenbach, es gebe keinerlei diesbezügliche Aktivitäten oder Absichten.

Nun müssen wir erfahren, dass Ihr Kabinett am 19. Mai 2009 entgegen diesen Aussagen sogar in einer besoldungsrechtlichen Grundsatzfrage einen Beschluss gefasst hat. Das entsprechende Gesetz soll am 1. Juli bzw. 1. August 2009 bereits in Kraft treten. Dem DGB Saar und seinen Gewerkschaften wurden nicht einmal 14 Tage Zeit gegeben, um eine Stellungnahme zu verfassen. Da die zeitliche Befristung des Sonderzahlungsgesetzes erst Ende 2010 ausläuft (Revisionsklausel), erschließt sich uns die an den Tag gelegte Eile in keinster Weise. Augenscheinlich haben mit Blick auf die Landtagswahl am 30. August nur wahltaktische Gründe dafür gesprochen, den Gesetzesänderungsprozess ohne gleichberechtigte Beteiligung der vielen im DGB und seinen Gewerkschaften organisierten Mitglieder voranzutreiben. Offensichtlich gilt hier der Grundsatz „Genauigkeit vor Geschwindigkeit“, wie Sie ihn etwa beim Vorhaben eines Tariftruegesetzes selbst zur Handlungsmaxime machen, nicht.

Herr Ministerpräsident, dieses Verfahren ist inakzeptabel! Für die Vertreter des DGB Saar sowie seiner Mitgliedsgewerkschaften stellt dieses Vorgehen einen Ver-

trauensbruch dar. Wir empfinden es als einen gezielten Missbrauch der Grundprinzipien eines „runden Tisches“. Dieses intransparente Handeln widerspricht auch dem zwischen Ihrer Landesregierung und den Gewerkschaften im Saarland vereinbarten Grundsatz eines rechtzeitigen und intensiven Dialogs. In einem demokratischen Beteiligungsprozess muss aus Gründen der Fairness ausreichend Zeit eingeräumt werden, um eine Beteiligung wirklich zu ermöglichen. Bedingt durch die zum Teil grundlegenden Änderungen in dem vorgelegten „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften“ hätten wir nicht nur die korrekten Informationen, sondern auch deutlich mehr Zeitvorlauf benötigt, um eine Rückspiegelung durch unsere Mitglieder zu koordinieren. Insofern ist Ihre Feststellung in einem Begleitbrief zur Besoldungsmittteilung zum Juni 2009 an alle Beschäftigten, diese Neuregelung sei ein Wunsch „der“ Beschäftigten bzw. „der“ Gewerkschaften, so nicht wahr! Mit uns bzw. unseren zahlreichen Mitgliedern ist der Gesetzentwurf zuvor auch nicht ansatzweise erörtert worden. Ihre Behauptung ist daher – bezogen auf große Teile der Beschäftigten – so aus der Luft gegriffen.

Gerne hätten wir mit Ihnen ergebnisof-



fen über die Vorteile, aber auch die Nachteile des Einbaus der Sonderzuwendung in die Monatsbezüge diskutiert. So ist zwar nach Einbau der Zugriff des Dienstherrn auf die Sonderzuwendung zu Sparzwecken erschwert. Mit dem Einbau auf derzeitigem Niveau ist aber auch das von Ihnen selbst massiv beschnittene Weihnachts- und Urlaubsgeld in dieser erheblich reduzierten Höhe die dauerhafte Bemessungsgrundlage. Im Vergleich etwa zu Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten, bei denen ebenfalls ein Einbau in die Monatsbezüge erfolgt, sind saarländische Beamtinnen und Beamte deutlich schlechter gestellt. Ab Januar 2011 wird der saarländische Beamte im Vergleich zu Beamtinnen/Beamten des Bundes in der Besoldungsgruppe A 9 über 400,- €, in A 11 über 900,- € im Jahr weniger verdienen. Bei Versorgungsempfängern ist der Unterschied noch größer.

Herr Ministerpräsident, für uns im DGB wird durch die von Ihrer Regierung mittlerweile gewählte Verfahrensweise die Sinnhaftigkeit des „runden Tisches“ in Frage gestellt. Warum sollen wir dort mitarbeiten, wenn die wesentlichen Fragen in dieser Runde gar nicht mehr besprochen, sondern an ihr vorbei geregelt werden? Zeit genug für eine ordentliche Vorbereitung und Beteiligung wäre gewesen, wenn eben diese Beteiligung aller durch die Landesregierung tatsächlich gewünscht gewesen wäre. Gleichberechtigung und Mitbestimmung waren aber offensichtlich doch nur leere Worte. Wir fragen Sie daher: Wie stellt sich Ihre Regierung eine Verfahrensgrundlage vor, um in Zukunft getreu dem Motto „Verhandeln statt verordnen“ gemeinsam mit dem DGB Saar und seinen Mitgliedsgewerkschaften eine moderne Beamtenpolitik im Saarland zu gestalten?

Mit freundlichen Grüßen

Eugen Roth, DGB Saar, Hugo Müller, GdP Saar, Alfred Staudt, ver.di Saar, Klaus Kessler, GEW Saarland, Thomas Breuer, IG BAU Rheinland-Pfalz-Saar

Hinweis:

Auf unserer Internetseite www.gdp-saarland.de kann zusätzlich zu den hier abgedruckten Artikeln auch der dazugehörige Gesetzentwurf nebst Begründung nachgelesen werden.

Über die Demonstration vom 13. 12. 2005 haben wir in der Ausgabe 2/2006 berichtet, ebenfalls archiviert unter [www.gdp-saarland.de/Deutsche Polizei](http://www.gdp-saarland.de/Deutsche_Polizei)

„Fußball und Gewalt“

Gerade Polizeibeamtinnen und -beamten ist bekannt, dass sich die Gewaltspirale in unserer Gesellschaft weiter dreht und Angriffe auf sie selbst zunehmen. Und diese zunehmende Gewaltbereitschaft wirft auch tiefe Schatten auf die „schönste Nebensache der Welt“, den Fußball.

Gewalttätige Auseinandersetzungen bei Fußballspielen haben drastisch zuge-

nommen, was immer mehr einen personalstarken Einsatz von Polizeikräften selbst in den unteren Fußballligen fordert. Fast 1,3 Millionen Dienststunden investieren die Polizeien des Bundes und der Länder pro Spielsaison, um für Sicherheit und Ordnung beim Fußball zu sorgen. Rund 40 Prozent der insgesamt

Fortsetzung auf Seite 6

Anzeige

Costa Die Nr.1 in Europa
SuperSummerSale
 Juli 2009 - September 2009

7 Tage Kreuzfahrt inkl. Busanreise p.p. ab €799,- zzgl. Serviceentgelt*

Östliches & Westliches Mittelmeer
 Sozialwerk der GdP-Saarland
 Hotline: 0681 - 841240



BEPO

Fortsetzung von Seite 5

127 länderübergreifenden Polizeieinsätze des Jahres 2008 waren Fußballspielen geschuldet.

All diese Umstände gaben der GdP Veranlassung, am 14. und 15. Mai 2009 auf ihrem Symposium „Fußball und Gewalt“ im Olympiastadion Berlin ein möglichst realitätsnahes Bild der polizeilichen Anforderungen und einen Eindruck von den physischen und psychischen Belastungen dieser Einsätze zu vermitteln (siehe auch den Bericht in der Bundesausgabe). Mit bei dieser Veranstaltung, anlässlich derer Experten und Praktiker Wege aus der Gewaltspirale suchten, waren auch Polizeibeamte und GdP-Mitglieder aus dem Saarland, zu deren beruflichem Alltag die Bewältigung von Fußball-Einsatzlagen gehört. Seitens der Einsatzhundertschaft waren dies deren Leiter, Hufü Roland Hoffmann, der Leiter der BFE, Frank Schu, sowie der stellv. Leiter des 3. Einsatzzuges Martin Zimmer. Ebenfalls anwesend waren die Kollegen Frank Schmelczyrsch und Björn

Brühl von der Zentralstelle Szenekundige Beamte.

Gerade die Vertreter der saarländischen Bereitschaftspolizei wurden in ihrer Auffassung bestätigt, dass ein bundesweit festzustellender Abbau dieser Polizeisparte nicht nur zu stoppen, sondern die BePo vielmehr zu verstärken ist. Der „Missbrauch“ der BePo als Personalreserve für den polizeilichen Einzeldienst ist ein Irrweg angesichts zunehmender (länderübergreifender) Großeinsätze nicht nur im Fußballgeschehen. Gleichzeitig ist eine solche Maßnahme auch gefährlich für die BePo-Einsatzkräfte, denen notwendige Trainingszei-



V. l.: Frank Schu, Roland Hoffmann, Martin Zimmer Foto: BePo

ten für lageangepasstes Verhalten bei unfriedlichen Großeinsätzen vorenthalten werden.

Roland Hoffmann

SICHERHEITSTEST

Fragenkatalog Sicherheitstest

Es ist bereits gute Tradition, dass die Gewerkschaft der Polizei vor anstehenden Landtagswahlen einen sogenannten Sicherheitstest durchführt und die Ergebnisse veröffentlicht. In diesem Sicherheitstest werden die Standpunkte der jeweiligen Parteien zu wichtigen Fragen von Polizei und innerer Sicherheit dargestellt.

Der Sicherheitstest soll unsere Mitglieder, aber auch ihnen nahestehende Personen in die Lage versetzen, die Positionen der einzelnen Parteien vergleichen zu können. So soll eine gewisse berufsspezifische Orientierung bei der anstehenden Wahlentscheidung ermöglicht werden.

Wir übersenden unsere Fragen an die Parteien (alphabetisch):

Bündnis 90/ Die Grünen, CDU, Die Linke, FDP und SPD.

Die Fragen befassen sich mit den Themenfeldern:

- Personalentwicklung im Beamten- und Tarifbereich
- Eintritt in den Ruhestand
- Besoldung und Versorgung, Aufstiegs-

und Beförderungsperspektiven

● **Polizeiorganisation**

Wir beabsichtigen, die Ergebnisse des Sicherheitstestes unter anderem auch in unserer Zeitschrift „Deutsche Polizei“, Ausgabe August, zu publizieren.

Personalentwicklung

Welche Vorstellungen haben Sie – insbesondere angesichts der Altersstruktur der saarländischen Polizei – hinsichtlich der erforderlichen Einstellungszahlen in den nächsten fünf Jahren?

Welche Planungen existieren, um zur weiteren Entlastung der Polizei von polizeifremden Tätigkeiten weitere Tarifbeschäftigte einzustellen? Werden Sie den Tarifbeschäftigten weitere Qualifizierungen, verbunden mit Aufstiegen in der Entgeltstruktur, ermöglichen?

Ist von Ihnen vorgesehen, zur Kompensation der Inanspruchnahme von Familien- und Erziehungszeiten bei den jungen Polizeibeamtinnen und -beamten einen Zuschlag bei den Einstellungszahlen vorzunehmen?

Arbeitszeit, Eintritt in den Ruhestand

Welche Vorstellungen haben Sie hinsichtlich der Lebensarbeitszeit, d. h. dem Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand und der Wochenarbeitszeit in der Polizei?

Welche Planungen existieren hinsichtlich der Berücksichtigung (Faktorisierung) der geleisteten besonders belastenden Dienste (z. B. Wechselschichtdienstzeiten) für die Festlegung der Wochenarbeitszeit bzw. der Lebensarbeitszeit?

Besoldung und Versorgung, Aufstiegs- und Beförderungsperspektiven

In der aktuellen Legislaturperiode ist es gelungen, bei der Polizei faktisch die zweigeteilte Laufbahn einzuführen. Dennoch besteht nicht zuletzt wegen der vorgenommenen Funktionsbewertung auch weiterhin ein großer Bedarf an Beförderungen sowie weiteren strukturellen Ver-



SICHERHEITSTEST

besserungen im Stellenplan, insbesondere im Bereich der A 12/ A 13.

Welches Beförderungsbudget wollen Sie im Polizeibereich in den nächsten fünf Jahren aufwenden?

Planen Sie die Schaffung weiterer Stellen A 12/ A 13 im Haushalt?

Werden Sie am von der GdP initiierten Generationenpakt festhalten?

Wie stehen Sie – angesichts der neuen eigenständigen Kompetenz des Saarlandes nach der Föderalismusreform I – zur Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage, der vollen Gewährung von Erschwerniszulagen und der Erhöhung der Beträge für Dienst zu ungünstigen Zeiten (GdP-Forderung 5 € DuZ!)?

Beabsichtigen Sie, den Laufbahnab-

schnitt des mittleren Dienstes aus der Laufbahnverordnung Polizei zu streichen?

Beabsichtigen Sie, die künftigen Gehaltserhöhungen bei den Beamtinnen und Beamten in gleicher Höhe und zeitgleich auf die Versorgungsempfänger zu übertragen?

Wollen Sie für das Saarland an der Tarifgemeinschaft Deutscher Länder festhalten?

Polizeiorganisation

Welche Schwachstellen sehen Sie bei der derzeitigen Polizeiorganisation?

Welche Vorstellungen haben Sie hinsichtlich einer Änderung der aktuellen Polizeiorganisation?

PI BLIESKASTEL

Atmosphäre erlebt und gegenseitiges Vertrauen aufgebaut und dauerhaft gestärkt werden kann.“ „Die Egerländer“ des saarländischen Polizeimusikkorps spielten zum Festauftakt, während das THW Blieskastel ein schmackhaftes Mittagessen professionell zubereitete.

Im Verlaufe der Veranstaltung schauten etwa 4000 interessierte Besucher der Polizei „über die Schulter“ und konnte u. a. im Rahmen von sachkundigen Führungen durch die Räume der Polizeiinspektion sowie bei der Fahrzeug- und Geräteschau, die von der Abteilung Bereitschaftspolizei betreut wurde, einen Einblick in die tägliche, nicht immer einfache, aber vielfältige Polizeiarbeit und die Leistungsfähigkeit ihrer Polizei nehmen.

Ein attraktives Rahmenprogramm für Kinder und Erwachsene bot unterschiedlichste und interessante Unterhaltungsmöglichkeiten. Hierbei seien unter anderem die beeindruckende Darbietung der Diensthundestaffel der Polizei, das eigens bei der Bereitschaftspolizei Rheinland-Pfalz ausgeliehene Polizeimotorradkarussell, die professionelle Kinderbetreuung der örtlichen Kindergärten, eine Greifvogelschau sowie das vom ADAC Saarland ausgerichtete Fahrradturnier erwähnt.

Weiterhin wurden 20 Fahrräder durch Kontaktpolizisten des PB Saarpfalz-Kreis codiert.

Ein „Pensionärsstammtisch“, erstmals Bestandteil des Bürger-Polizei-Festes, brachte über 50 ehemalige Kollegen an einen Tisch, die sich – wie oftmals zu hören war – bereits seit Jahrzehnten nicht mehr gesehen hatten. Eine Informationsbörse ohnegleichen.

Für dieses Angebot ernteten die Organisatoren viel Anerkennung.

Die Nachmittags- und Abendstunden verliefen sehr kurzweilig, da Akteure wie Elfriede Grimmelwiedisch, Angela Branca, Frank Wittig, aber auch die Nachwuchsband Songs 4 You sowie unser Kollege Sigi Oster alias „Elvis – The King of Memphis“ die Anwesenden in ihren Bann zogen.

Die Veranstaltung stelle u. a. auch das reibungslose Zusammenwirken von DRK, Feuerwehr, THW, Stadt Blieskastel und Polizei deutlich unter Beweis, wie Klaus Port in seinen Schlussworten dankend feststellte.

Der Erlös der alle zwei Jahre stattfindenden Veranstaltung kommt wie eingangs erwähnt schwerkranken Kindern sowie Kindergärten aus dem Zuständigkeitsbereich der Polizeiinspektion Blieskastel zugute.

Hans Peter Komp, PI Blieskastel

PI BLIESKASTEL**Rückblick Bürger-Polizei-Fest**

Im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit führten die Polizeiinspektion Blieskastel, der neu gegründete, gemeinnützige Verein „Blieskasteler Freund und Helfer – Schutzengel für Kinder e.V.“, Stadtverwaltung, DRK und THW am 5. 6. 2009 rund um die Polizeiinspektion Blieskastel ein Bürger-Polizei-Fest durch. Aufgrund herrlichen Frühsommerwetters stieß die Veranstaltung auf überwältigende Resonanz in der Bevölkerung.

Zu Beginn der bis in den späten Abend dauernden Benefizveranstaltung für schwerstkranke Kinder sowie Kindergärten in Blies- und Mandelbachtal, hob der

Dienststellenleiter der PI Blieskastel Klaus Port, hervor, dass eine bürgernahe und bürgerorientierte Polizeiarbeit bei der täglichen polizeilichen Aufgabenerfüllung einen hohen Stellenwert hat und auch tatsächlich „gelebt“ wird. Insoweit liege seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein guter, enger Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern, der ständig gepflegt werden muss, sehr am Herzen.

Port wörtlich: „Wir als Polizei wollen vom Bürger wissen, wie er sich seine Polizei vorstellt, welche Erwartungen er hat, denn die Arbeit der Polizei ist immer nur für die Bürger und nicht gegen sie gerichtet. Vor allem sind wir ständig auf Informa-

tionen und Hinweise aus der Bevölkerung angewiesen, ohne die zahlreiche Straftaten nicht aufzuklären wären. Nicht zuletzt aus diesen Beweggründen

führen wir im Rahmen unserer Öffentlichkeitsarbeit ein „Bürger-Polizei-Fest“ durch, damit die Polizei von der Bevölkerung auch einmal in zwangloser und lockerer



Ein Besuchermagnet – die Hundestaffel

Foto: PI Blieskastel



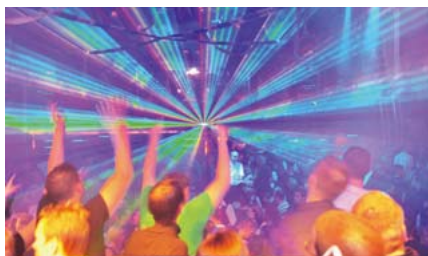
**BLAULICHTMILIEU-
PARTY 2009**

**1800 Gäste
feiern tolle Party**

Wohin man auch blickt: Überall Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienst, Krankenschwestern, Notärzte, THW und Zoll! Und alle in ausgelassener Stimmung – was ist denn hier passiert? Ach ja ... die Blaulichtmilieuparty!

Auch die diesjährige Blaulichtmilieuparty am 8. 5. 2009 hat wieder sämtliche Erwartungen gesprengt. Nachdem bereits das letzte Jahr ein voller Erfolg war, hat sich auch dieses Jahr wieder die Diskothek „N8werk“ als großartige „Party-Location“ erwiesen. Die Gästezahl des Vorjahrs von ca. 1800 „Blaulichtlern“ wurde auch dieses Jahr wieder mühelos erreicht, was uns erneut als die Ausrichter der wahrscheinlich größten Blaulichtmilieuparty in ganz Deutschland „krönt“.

Die Glücklichen unter euch, die noch eine der rasch vergriffenen Eintrittskarten ergatterten konnten, kamen nicht nur



Ausgelassene Stimmung unter den Gästen im N8werk Foto: N8werk

in den Genuss einer Party unter jungen und älteren Kollegen, sondern kamen auch mal ganz entspannt mit den „Blaulichtlern“ der anderen Berufssparten ins Gespräch. Sicherlich etwas, was „draußen“ im Einsatz so nicht funktioniert, aber eigentlich in Anbetracht einer guten Zusammenarbeit sehr wichtig ist.

Besten Dank auf diesem Weg an die Organisatoren (für die JUNGE GRUPPE: Jens Berner), alle Helfer des Landesjugendvorstandes und das gesamte „N8werk“-Team. Wir hoffen, ihr hattet euren Spaß? Falls ihr Ideen habt, wie wir die nächste Blaulichtmilieuparty noch besser machen können: kurze Mail an jensberner@web.de oder andreasrinnert@hotmail.com oder sprecht uns einfach persönlich an.

**Andreas Rinnert,
Landesjugendvorstand
JUNGE GRUPPE**

MUTMACHER

Gib mir mein Gefühl zurück!

Von einem Wechselschichtdienst verrichtenden Kollegen, der im Dienst eine posttraumatische Belastungsstörung erlitt und sich dieser Krankheit stellt.

Für andere betroffene Kolleginnen und Kollegen als Mutmacher gedacht.

Nach meiner Diagnose „Posttraumatische Belastungsstörung“ und vielen (mehr oder weniger erfolgreichen) Konsultierungen von Fachärzten und Psychotherapeuten stellte ich mir die Frage: Soll das alles so bleiben: Angst, Abgestumpftheit, Gefühllosigkeit, Gereiztheit, mangelndes Selbstwertgefühl, Vorspielen von Souveränität? Über Facharzt, Polizeiarzt und Ministerium wurde mir unbürokratisch ein stationärer Aufenthalt in der Habichtswaldklinik in Kassel ermöglicht. Danke dafür.

In dieser psychosomatischen Klinik, in der sich erstaunlich viele Polizeibeamtinnen und -beamte aus fast allen Bundesländern befanden, war ich einer von vielen Menschen, die versuchten, wieder richtig ins Leben zurückzufinden.

In einem freundlich gestalteten Haus, zwischen Bergpark und Stadt gelegen, und in guter Atmosphäre, angefangen von „menschelnden“ Verwaltungskräften über gefühlvolle Mitpatienten bis hin zu fachlich sehr kompetenten (und nicht abgehobenen!) Psychotherapeuten und Ärzten, folgten intensive Herausforderungen: Psychotherapeutische Einzel- und Gruppentherapien, Körpertherapien und Ausdrucksmalen, eingebettet in Imaginations-, Thai-Chi- und Yogagruppen, positiv begleitet durch Fachvorträge, Lauftreffs, Fitnessraum- und Thermenbesuche.

- Ich durfte erfahren, dass ich wieder hemmungslos weinen durfte, auch unter anderen Menschen, und es mir danach richtig gut ging. Auch ein befreiendes Lachen war so angenehm.
- Ich erlebte beim Malen das Ausdrücken meiner Gefühle, anfangs durch dunkle Farben und mit wütendem Gebrauch von Farbe und Pinsel bis hin zu warmen Farbtönen, die fließend ineinander übergingen.
- Ich ging unter Anleitung meiner Therapeutin Gefühlen auf den Grund bis kurz vor dem Abgrund und konnte mich danach mit erlernten Imaginationen (im Gehirn vorgestellte Bilder) wieder in positive Erlebnisse befreien.

Ich erlebte meinen Körper neu und traute mich wieder von Herzen Körper-

kontakt mit anderen Menschen aufzunehmen: Wie schön, einen Anderen zu drücken oder von einem Menschen umarmt zu werden.

Ich wurde tatsächlich auch oft gelobt für Dinge, die in unserem Alltag (leider) oft als selbstverständlich angesehen werden, aber doch nicht selbstverständlich sind, oder? Öl für das Selbstwertgefühl!

Nach Abschluss der 4-wöchigen Behandlung nehme ich mich wie ein neuer Mensch wahr. Mir wurde mein Gefühl zurückgegeben.

Ein großartiges Geschenk. Herzlichen Dank.

Jetzt heißt es: Wieder behutsam ins Alltagsleben zurückfinden – mit Hilfe von netten und verständnisvollen Kolleginnen und Kollegen. Ich freue mich darauf. **T.E.**

5 € DUZ

Es geht weiter!

Nach der Auftaktveranstaltung in der Osternacht und internen Abstimmungsgesprächen treten wir nun in „Phase 2“ ein. Phase 2 bedeutet, Gespräche mit den im Landtag vertretenen Parteien zu füh-



ren. Der Vorsitzende des Innenausschusses, Günter Becker (CDU) wird die Mitglieder des Ausschusses zu einer Sitzung auf die GdP-Geschäftsstelle einladen. Für dieses unbürokratische Vorgehen sagen wir Günter Becker ganz herzlich Danke! Termin für die Zusammenkunft ist der 2. Juli 2009, 11.00 Uhr. Über das Ergebnis werden wir euch selbstverständlich informieren. Ihr seht, an der „Baustelle“ 5 € DuZ geht es weiter getreu unserem Motto: Wir kümmern uns!

Der Landesvorstand

